



Arbeitspapier Nr. 15

Videoüberwachung in Europa



Abschlussbericht

Leon Hempel & Eric Töpfer

(Übersetzung & Fotos: Robert Kneschke, www.robertkneschke.de)

Zentrum für Technik und Gesellschaft
Technische Universität Berlin

August 2004
(Übersetzung: April 2007)

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsangabe (Abstract).....	3
Kurzfassung.....	4
Videoüberwachung ist zu einem wesentlichen Teil des Alltags in Europa geworden.....	4
Das URBANEYE-Projekt.....	4
Die Datensammlung.....	4
Lieber diese als endgültige Schlussfolgerungen.....	5
Nationale öffentliche Diskurse über Videoüberwachung variieren deutlich.....	5
..und rechtliche Regelungen unterscheiden sich.....	5
Internationale gesetzliche Mittel liefern einen vagen europäischen Rahmen.....	6
Im nationalen Vergleich ist die Ausbreitung der Videoüberwachung in (halb)öffentlichen Räumen vergleichbar.....	6
...aber unterscheidet sich stark in öffentlichen Räumen.....	6
Die Wirkung von Videoüberwachung ist nicht technologisch bestimmt, sondern abhängig von menschlicher Vermittlung.....	7
Videoüberwachung ist eine multifunktionale Risikomanagement-Technologie, wird aber vor allem zur sozialen Kontrolle eingesetzt.....	7
Das durchschnittliche Videoüberwachungssystem ist eine kleine und einfache Überwachungsinsel im Verkaufsbereich.....	7
Die meisten größeren Kamerasysteme überwachen halbprivate oder öffentliche Räume und sind meist mit anderen Dienststellen verbunden.....	7
Die Praxis der Videoüberwachung ist eher von symbolischer Abschreckung als von aktiver Überwachung geprägt.....	8
Viele Videoüberwachungssysteme verletzen nationale Datenschutzrichtlinien.....	8
Diskriminierende Zielmuster können soziale Ausgrenzung verstärken.....	8
Offizielle Richtlinien, haftbares Management und Mitarbeitertrainings sind wichtig.....	9
Es gibt wenig Wissen, aber ein wachsendes Bewusstsein in der Öffentlichkeit über Videoüberwachung.....	9
Eine Mehrheit unterstützt die Videoüberwachung und eine starke Minderheit äußert Sorgen.....	9
Einstellungen zur Videoüberwachung unterscheiden sich stark abhängig davon, wo sie stattfindet.....	9
Vor allem jüngere Leute lehnen Videoüberwachung ab.....	9
...und glauben, dass ihr speziell ihr Verhalten von den Kameras beobachtet wird.....	10
Menschen sind skeptisch gegenüber dem Effekt der Verbrechensprävention durch Videoüberwachung.....	10
Der öffentlichen Meinung nach sollte die Videoüberwachung von öffentlichen Stellen überwacht werden.....	10

Inhaltsangabe (Abstract)

Die Verbreitung der Videoüberwachung (CCTV¹) in öffentlich zugänglichen Plätzen in Europa ist das Thema des vergleichenden Forschungsprojekts „URBANEYE. On the Threshold to Urban Panopticon?“². Ein multidisziplinäres Forschungsteam erforschte den Aufstieg, Einsatz und die sozialen und politischen Implikationen der Videoüberwachung, um Strategien zur Regulierung zu umreißen.

Die Arbeit begann im September 2001 und endete im Juni 2004 und wurde in sieben europäischen Ländern durchgeführt: Österreich, Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Ungarn, Norwegen und Spanien.

Videoüberwachung wird oft als Instrument zur Verbrechensbekämpfung eingesetzt. Semi-professionelle Auswertungen, die sich auf Analysen der Kriminalitätsstatistik berufen, berichten von angeblicher Effektivität. Trotzdem argumentieren viele Kriminologen, dass nie angenommen werden sollte, dass Videoüberwachung einen Effekt auf Verbrechen habe, unabhängig von den Mechanismen, unter denen sie funktionieren soll und den Zusammenhängen, in die sie eingebunden ist.

Die Ergebnisse von URBANEYE zeigen: Es können keine Verallgemeinerungen über die Ausmaße, Natur und Auswirkungen von Videoüberwachung anhand der bloßen Existenz eines solches Systems angestellt werden. Videoüberwachungssysteme werden für verschiedene Zwecke eingesetzt, haben unterschiedliche technologische Level, Arbeitsweisen und Personalpolitiken. Der Betrieb und die Auswirkungen müssen als Ergebnis eines Zusammenspiels von technologischen, organisatorischen und kulturellen Faktoren gesehen werden.

Darüber hinaus zeigt die Studie zwei große Trends, die für die Weiterentwicklung und damit auch der Regulierung der Videoüberwachung von Bedeutung sind. In Hinblick auf die Erweiterung gibt es einen doppelten Trend. Erstens ist die Videoüberwachung zu einem wesentlichen Teil des Alltags geworden. Wir fanden heraus, dass ein Drittel aller öffentlich zugänglichen Gebäude in ausgewählten Haupteinkaufsstraßen ein CCTV-System benutzt, was sehr oft nicht wahrgenommen wird. Dennoch sind die meisten Videoüberwachungssysteme kleine und isolierte Systeme mit einem schlechten technologischen Standard, eher als Abschreckung denn zur aktiven Überwachung gedacht.

Zweitens gibt es einen klaren Trend hin zu einer Integration und Digitalisierung von größeren Überwachungssystemen. Dadurch wird der undurchsichtige Charakter der visuellen Überwachung noch verstärkt, da Überwachungsnetze und unsichtbare Algorithmen zum Kern von fortschrittlichen Videoüberwachungsnetzwerken werden. Nichtsdestotrotz zeigen unsere Resultate, dass die Videoüberwachung allgemein von der Mehrheit der Menschen unterstützt wird, auch wenn sie oft eher uninformiert sind über die tatsächlichen Funktionen und Praktiken der Videoüberwachung.

Angesichts dieser Kombination von zunehmender Undurchsichtigkeit der Überwachungssysteme und uninformierten Bürgern sollte eine politische Lösung in naher Zukunft gefunden werden. Um die demokratische Kontrolle der CCTV zu gewährleisten, sollte die „black box“³ geöffnet werden. Das Ausmaß der Überwachung sollte durch eine Registrierung transparent gemacht werden, die Proportionalität der Nutzung und die Eignung dafür sollten durch ein Lizenzsystem bewertet werden und regelmäßige Inspektionen sollten garantieren, dass Richtlinien eingehalten werden.

1 Die Abkürzung CCTV steht für „Closed Circuit Television“

2 übersetzt „URBANEYE. Auf der Schwelle zum städtischen Panoptikum?“

3 Als „black box“ wird allgemein ein Objekt bezeichnet, dessen innerer Aufbau und innere Funktionsweise unbekannt ist oder als nicht von Bedeutung erachtet wird.

Kurzfassung

Videoüberwachung ist zu einem wesentlichen Teil des Alltags in Europa geworden.

Mehr als 40 Jahre beobachten wir die Verbreitung von Videoüberwachungssystemen in öffentlichen und privaten, aber öffentlich zugänglichen Räumen in Europa. Angetrieben durch sozioökonomische Transformationen und technologischen Fortschritt beschleunigte sich die Ausbreitung seit den späten 1970er Jahren. Dennoch wurde der Anstieg der Videoüberwachung erst seit den 1990ern zu einem politischen Thema, als Polizei und lokale Behörden beim Versuch, Verbrechen zu verhindern, in immer mehr europäischen Staaten Kameras zur permanenten und intensive Überwachung öffentlicher Großstadträume nutzten.

Seit dieser Zeit ist eine massive Ausbreitung von Überwachungskameras in allen Bereichen des Großstadtlebens – vor allem wegen sinkender Kosten – zu erkennen: Heute sind einfache S/W-Systeme für 20-25 Euro in Filialgeschäften erhältlich. Wegen dieser Entwicklung wurde das URBANEYE-Projekt gestartet, um die zunehmende Verbreitung der Videoüberwachung in Europa zu untersuchen. Die Stichprobe von mehr als 1.400 öffentlich zugänglichen Plätzen (wie Läden, Bahnhöfe, Kinos, Banken, etc.) in den Hauptstädten von sechs europäischen Staaten im Sommer 2002 ergab, dass fast ein Drittel (29%) aller Gebäude und Einrichtungen ein Videoüberwachungssystem benutzten.

Das URBANEYE-Projekt

Das Projekt ist eine vergleichende Forschungsarbeit, welches die Entwicklung der Videoüberwachung von öffentlichen Räumen in Europa untersucht. Das Ziel war es, die aktuelle Lage in Europa (bezüglich Regulierung, Diskussionen, Ausmaß, Gesetzen, Erfahrungen und Akzeptanz) zu klären, abzuschätzen, wie Videoüberwachung in verschiedenen nationalen, institutionellen, sozialen und regionalen Kontexten funktioniert, die politischen Implikationen der ansteigenden Videoüberwachung zu berücksichtigen und herauszufinden, ob Videoüberwachung reguliert werden sollte und wenn ja, wie.

Die Studie wurde in den sieben europäischen Ländern Österreich, Ungarn, Deutschland, Großbritannien, Norwegen und in Teilen von Dänemark und Spanien durchgeführt. Sie startete im September 2001 und endete im Juni 2004 und wurde von einem multidisziplinären Team aus Kriminologen, Philosophen, Politikwissenschaftlern, Soziologen und Stadtplanern realisiert.

Die Datensammlung

Das URBANEYE-Projekt erforschte den Anstieg, die Nutzung und die Wahrnehmung von Videoüberwachung aus vielen verschiedenen Sichtweisen. Dafür wurde ein Methodenset verwendet, um dieses Ziel zu erreichen. Für die Analyse von vier Zeitungen und ihrer Berichterstattung über Videoüberwachung (November 2000 bis November 2001) sammelte und analysierte das Forschungsteam 1.392 Artikel mit „Videoüberwachung-Stories“. Für die Studie über das Ausmaß, den technischen Fortschritt und die Gesetzlichkeit der Videoüberwachung in städtischen Infrastrukturen wurden mehr als 1.400 öffentlich zugängliche Gebäude und Einrichtungen in Hauptstraßen und deren Umgebung in sechs europäischen Hauptstädten (plus eine Teilanalyse in Madrid) begutachtet.

Für eine detaillierte Analyse der Videoüberwachung wurden 40 Überwachungssysteme in einer

Vielzahl von Szenen (offene Straßenüberwachung, öffentliche Transportsysteme, Eisenbahnhöfe, Einkaufszentren; etc.) ausgewählt. 93 Experteninterviews wurden mit Managern und Betreibern von Videoüberwachungssystemen geführt. In 17 Kontrollräumen wurden Kurzzeitbeobachtungen und in 12 Kontrollräumen 524 Stunden Langzeitbeobachtungen vorgenommen.

Darüberhinaus wurden ca. 1.000 Bürgerinnen und Bürger nach ihrer Haltung zu, ihrem Wissen über und ihre Erfahrungen mit Videoüberwachung befragt und mit 50 von ihnen eingehende Interviews geführt. Schließlich wurde ein Workshop mit 27 Experten organisiert, um die politischen Auswirkungen der Überwachung zu diskutieren.

Lieber diese als endgültige Schlussfolgerungen

Statistisch gesehen sind die Ergebnisse nicht repräsentativ für Europa oder die untersuchten Länder. Die Forschungsarbeit verlief eher tastend und angesichts der Geschwindigkeit der weiteren Ausbreitung der Videoüberwachung und der technologischen Fortschritte auf diesem Bereich sind die Ergebnisse des URBANEYE-Projekts eher Formulierungen als Schlussfolgerungen. Für die Validierung der URBANEYE-Ergebnisse sind weitere Untersuchungen notwendig.

Nationale öffentliche Diskurse über Videoüberwachung variieren deutlich...

Diskurse in Medien und Politik über Videoüberwachung sind geprägt von nationalhistorischen und politischen Traditionen und Erfahrungen mit Kriminalität und unterscheiden sich so beträchtlich innerhalb Europas. Videoüberwachung – ausgenommen Radarfallen – ist weitgehend akzeptiert in Großbritannien und normalerweise dominieren in der Medienberichterstattung „Von der Kamera erwischt“-Geschichten, die erkennen lassen, wie alltäglich die Überwachung geworden ist. In Ungarn wird die offene Straßenüberwachung als „technologischer Korrektiv“ für ernsthafte soziale Probleme gesehen und breitet sich deshalb rapide zumindest in der Hauptstadt Budapest aus. Konträr dazu wird diese Art der Überwachung in Deutschland stark angefochten, während die Videoüberwachung in Österreich mehr oder weniger kein Thema ist, außer bei der Tunnelsicherheit und in Boulevardblättern (obwohl der Diskurs sich zu ändern scheint).

Auch in Norwegen gibt es kaum einen öffentlichen Diskurs über Videoüberwachung, während in Dänemark kritische Diskursinitiativen von verschiedenen Organisationen unternommen wurden.

..und rechtliche Regelungen unterscheiden sich.

Die Unterschiede bei den rechtlichen Regelungen hängen sowohl von institutionellen als auch nationalen Kontexten ab, in denen Videoüberwachung betrieben wird. Solche Regelungen können sich dadurch unterscheiden, ob öffentliche oder private Stellen für den Betrieb zuständig sind. Vor allem Videoüberwachung zum Zwecke der nationalen und öffentlichen Sicherheit und Kriminaluntersuchungen fallen unter bestimmte Regeln.

Fallstudien wurden durchgeführt, die Videoüberwachung entweder auf Basis konstitutioneller Maßnahmen, spezieller Gesetzgebung oder auf Befehle und andere Anweisungen von den zuständigen Behörden betrachteten.

In einigen wenigen Ländern wie Frankreich gibt es auch spezielle Regelungen, nach denen die Installation und der Betrieb von Videoüberwachungssystemen im Voraus von einer Behörde genehmigt werden muss. In anderen Ländern ist Videoüberwachung zur Zeit kein Thema spezieller Gesetze. Trotzdem versuchen Datenschutzbehörden sicherzustellen, dass die generellen Regeln für den Datenschutz eingehalten werden, sei es durch Meinungen, Richtlinien oder Vorhaltenskodexe, wie sie zum Beispiel in Großbritannien oder in Ungarn eingeführt wurden.

Internationale gesetzliche Mittel liefern einen vagen europäischen Rahmen.

Neben Artikel 8 (Schutz personenbezogener Daten) der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

ist speziell die europäische Datenschutzdirektive (95/46/EC) relevant für die Videoüberwachung in den 15 Mitgliedstaaten und der Beitrittskandidaten. Die Richtlinie regelt jedoch nicht die Videoüberwachung zum Zwecke der nationalen oder öffentlichen Sicherheit und von Kriminaluntersuchungen. Darüber hinaus ist die Anwendung auf verschiedene technische Formen der Überwachung umstritten, aber die Konsequenz der Einführung in nationale Gesetze war wenigstens in einigen Ländern die ausdrückliche Regulation der Videoüberwachung.

Im nationalen Vergleich ist die Ausbreitung der Videoüberwachung in (halb)öffentlichen Räumen vergleichbar...

Obwohl unsere Untersuchungen andeuten, dass die Verbreitung der Videoüberwachung (und bis zu einem gewissen Grad auch die technische Entwicklung) in Großbritannien am fortgeschrittensten (40%) und in Österreich am wenigsten ausgeprägt (18%) sind, wird die bloße Existenz eines Videoüberwachungssystems in (halb)privaten, aber öffentlich zugänglichen Räumen mehr von institutionellen als von nationalen Kontexten bestimmt.

Während es in religiösen Zentren, auf Friedhöfen und in Bildungseinrichtungen stark unwahrscheinlich ist, dort in Europa videoüberwacht zu werden, sind typische Überwachungsorte U-Bahnsysteme, Bahnhöfe und Flughäfen. Außerdem ist eine Überwachung üblich für Regierungsgebäude, Botschaften, Geldinstitute, Museen, Krankenhäuser und Tankstellen. So können europäische Bürgerinnen und Bürger die Videoüberwachung bei täglichen Routinetätigkeiten wie dem Verkehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder beim Geldabheben nicht vermeiden.

...aber unterscheidet sich stark in öffentlichen Räumen.

In Kontrast zu den Gemeinsamkeiten des Überwachungsausmaßes in (halb)privaten Räumen sind es die offenen Straßen, wo sich die Nutzung von Kameraüberwachung innerhalb Europas stark unterscheidet. Während geschätzt wird, dass ca. 40.000 Kameras öffentliche Räume in mehr als 500 Städten in Großbritannien überwachen, sind es weniger als 100 Kameras für öffentliche Räume in ca. 15 deutschen Städten. In Dänemark gibt es gar keine Videoüberwachung offener Straßen. Außerdem werden für Städte in Großbritannien, Frankreich, Ungarn, Italien oder Monaco umfassende Überwachungen und große Netzwerke mit mehr als 40 Kameras gemeldet, während das Modell in Österreich, Deutschland, Norwegen oder Spanien eher die begrenzte Überwachung von strategisch wichtigen Orten (vor allem die Umgebung von Hauptbahnhöfen) ist. Trotz dieser Unterschiede wurde die Nutzung von Kameras gegen Straßenkriminalität in den jeweiligen Ländern von den meisten Volksparteien als Strategie zur Verbrechensbekämpfung aufgenommen.

Die Wirkung von Videoüberwachung ist nicht technologisch bestimmt, sondern abhängig von menschlicher Vermittlung.

Man kann keine Verallgemeinerungen über den Umfang, die Art und Wirkung von Videoüberwachung allein aufgrund der bloßen Existenz eines solchen Systems machen. Videoüberwachungssysteme werden für verschiedene Zwecke eingesetzt, haben unterschiedliche technologische Level, Arbeitsweisen und Personalpolitiken. Der Betrieb und die Auswirkungen müssen als Ergebnis eines Zusammenspiels von technologischen, organisatorischen und kulturellen Faktoren gesehen werden.

Videoüberwachung ist eine multifunktionale Risikomanagement-Technologie, wird aber vor allem zur sozialen Kontrolle eingesetzt.

Videokameras haben verschiedene Aufgaben im Risikomanagement-Bereich, wie zum Beispiel Tunnelsicherheit, die Vorbeugung und Entdeckung von Verkehrsstaus, Feuer oder Unfällen und abweichendem Verhalten wie unerlaubten Zutritten, sogenanntem „anti-sozialem Verhalten“ und Kriminalität.

Obwohl die Verbesserung von Diensten (16%) und die Feuersicherheit (5%) auch zu den öffentlich erklärten Zielen von Videoüberwachung zählten, die wir in unserer Umfrage 2002 gesammelt hatten, wurde am häufigsten angegeben (86%), dass die Kameras Werkzeuge seien, um Diebstahl vorzubeugen und zu verhindern. Mehrfach (38%) wurde auch die Vorbeugung und Entdeckung von Gewalt gegen Menschen als Ziel genannt. Trotzdem charakterisiert die ausbaufähige Wandelbarkeit die Nutzung von Videokameras, denn wenn sie einmal installiert sind, können andere Möglichkeiten genutzt werden.

Das durchschnittliche Videoüberwachungssystem ist eine kleine und einfache Überwachungsinsel im Verkaufsbereich.

Statistisch gesehen wird das durchschnittliche Überwachungssystem in öffentlich zugänglichen Orten, die wir 2002 untersucht haben, von dem Gebäude oder der Einrichtung selbst betrieben und besessen. Es ist technisch eher einfach mit drei fixierten Kameras, einem Monitor und sequenziellen Wechseln zwischen den Kameras und hat keine Verbindung zu Dritten. Die Aufnahmen werden gespeichert und auf analoger Basis gelagert. Die Sichtung der Bilder geschieht nur nebenbei von einem Beobachter, der meist nebenbei andere Aufgaben zu erfüllen hat, obwohl die Mitarbeiter verpflichtet sind, einzugreifen, wenn relevante Ereignisse auf Kamera festgehalten wurden. Mehr als zwei Drittel solcher kleinen Kamerasysteme mit weniger als fünf Kameras werden im Einzelhandel betrieben.

Die meisten größeren Kamerasysteme überwachen halbprivate oder öffentliche Räume und sind meist mit anderen Dienststellen verbunden.

Nur zwei von hundert Überwachungssystemen sind größere Systeme mit 20 oder mehr Kameras. Diese Systeme finden sich in halbprivaten Räumen oder öffentlichen Orten wie zum Beispiel große Händler, Einkaufszentren, öffentlicher Nahverkehr, Krankenhäuser, Museen, Gebäude der lokalen oder nationalen Regierung oder auf offener Straße. Größere Systeme sind meist mit anderen Akteuren wie der Polizei, der Feuerwehr oder privaten Sicherheitsdiensten durch festgeschaltete Kommunikationsverbindungen oder die Möglichkeit, die Bilder einzusehen, verbunden. So gibt es

eine wachsende Tendenz, dass Systeme in komplexe soziale und technologische Überwachungsnetze eingebunden werden, welches die Wirkungen des Überwachungsblicks ausweitet.

Die Praxis der Videoüberwachung ist eher von symbolischer Abschreckung als von aktiver Überwachung geprägt.

In einem Versuch, die Vielzahl unterschiedlicher Videoüberwachungssysteme anzugehen, entwickelten wir eine Typologie, die einzelne Systeme zwischen Sicht (die Fähigkeit, die überwachten Personen einem Überwacher in Echtzeit sichtbar zu machen) und Sichtbarkeit (die Fähigkeit, ein Gefühl von Überwachung zu erzeugen) anzuordnen. Der Abgleich unserer Umfragedaten mit dieser Herangehensweise zeigt, dass die Mehrheit der Überwachungssysteme darauf ausgerichtet ist, abweichendem Verhalten vorzubeugen, durch symbolische, aber mehr oder weniger unvollständige Abschreckung, weil die Kameras stark sichtbar sind, aber die überwachten Personen für den Überwacher kaum, was an der unregelmäßigen Beobachtung, Informationsüberfluss und auch dem Einsatz von Kamera-Attrappen liegt. Trotzdem speichern mehr als drei Viertel (78%) der Überwachungssysteme das Filmmaterial dauerhaft.

Viele Videoüberwachungssysteme verletzen nationale Datenschutzrichtlinien.

Jedes zweite Überwachungssystem (51%) in unserer Untersuchung wurde nicht durch Schilder angekündigt. Während in Norwegen nur bei 20% der Systeme Hinweisschilder fehlten, war das in Ungarn und Österreich bei mehr als 80% der Fall. Und selbst wenn die Videoüberwachung angekündigt wurde, fehlte oft die Identifizierung der verantwortlichen Datenkontrolleure und die Kontaktinformationen.

Darüber hinaus wurde in 43% der Fällen unsere einfache Anfrage, wer der Besitzer des Überwachungssystems ist, abgelehnt. Die Geheimhaltung der Videoüberwachung war am schlimmsten in Österreich, Deutschland und Ungarn, wo in 55% bis 87% der Fälle ein Interview verweigert wurde, während es in den beiden skandinavischen Ländern und Großbritannien nur ca. ein Viertel waren. Abgesehen davon waren aber die meisten Betreiber von größeren Überwachungssystemen – vor allem die von (halb)öffentlichen Einrichtungen wie dem Öffentlichen Nahverkehr, Museen oder offener Straßenüberwachung – kooperativ.

Diskriminierende Zielmuster können soziale Ausgrenzung verstärken.

Unsere und andere Untersuchungen in Kontrollräumen von Überwachungssystemen zeigen, dass die Sinnesbeschränkungen und die Distanz zwischen den Beobachtern und den Beobachteten dazu ermutigen, Verdacht anhand einer begrenzten Palette einfacher beobachtender Merkmale zu schöpfen anstatt bei auffälligem Verhalten. Dadurch können Beobachter dazu neigen, ganze Gruppen der Öffentlichkeit anzuvisieren, die als mögliche Kriminelle oder Störenfriede gelten. Wenn dazu geschieht und welche Konsequenzen sich daraus ergeben, hängt jedoch von strukturellen Faktoren ab, wie der Aufteilung von zugewiesenen Aufgaben und verfügbarer Zeit, dem Verhältnis des Überwachungspersonals und denen vor Ort und die Funktion des überwachten Raums. Vor allem der Anstieg der Videoüberwachung in halbprivaten Räumen kann mit einer verstärkten Ausschluss als dominanter Strategie von sozialer Kontrolle einhergehen.

Offizielle Richtlinien, haftbares Management und Mitarbeitertrainings sind wichtig.

Das Anvisieren und Interpretieren von und Reagieren auf eine Szene aus der Distanz nach vorgegebenen Zwecken ist eine schwierige Aufgabe. Unter den Videoüberwachungssystemen, die wir genauer studiert haben, haben wir sowohl Beispiele von Ausweitungen und Widersprüchen in den Funktionen gefunden, die auf Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen sind, die eine geteilte und desillusionierte Arbeiterschaft produzieren, Interessenkonflikte zwischen den Beobachtern und den Mitarbeitern vor Ort und sogar der (fehlende) Ehrgeiz einzelner Betreiber. Dadurch sind neben offiziellen Richtlinien auch ein haftbares Management und ausreichende Mitarbeitertrainings wichtig, um den Zweck der Videoüberwachung zu erfüllen.

Es gibt wenig Wissen, aber ein wachsendes Bewusstsein in der Öffentlichkeit über Videoüberwachung.

Obwohl die Menschen nicht viel über Videoüberwachung wissen, ist die wachsende Präsenz im öffentlichen Raum in ihr Bewusstsein gedrungen – sie fühlen eher den Blick anstatt sie das Auge sehen. Darüber hinaus überschätzen viele Leute die technologischen Möglichkeiten der Überwachung.

Eine Mehrheit unterstützt die Videoüberwachung und eine starke Minderheit äußert Sorgen.

Kürzliche Untersuchungen und unsere Befragung machen deutlich, dass eine Mehrheit der Befragten in Europa Videoüberwachung generell unterstützt. Die Akzeptanz von Videoüberwachung unterscheidet sich aber signifikant zwischen verschiedenen Ländern, mit den Briten als stärkste Unterstützer und den Deutschen und Österreichern als vergleichsweise skeptischer Gruppe. Skepsis basiert oft auf Bürgerrechten im allgemeinen und der Privatsphäre im besonderen. Obwohl ca. zwei Drittel unserer Befragten unserer Aussage „Wer nichts zu verstecken hat, hat nichts durch Videoüberwachung zu befürchten“ zustimmten, dachten mehr als 50%, dass das Filmmaterial leicht missbraucht werden kann und 40% fühlten, dass „Videoüberwachung die Privatsphäre einschränkt“.

Einstellungen zur Videoüberwachung unterscheiden sich stark abhängig davon, wo sie stattfindet.

Viele Leute ziehen eine klare Linie, wo sie Videoüberwachung akzeptieren und wo nicht. Viele Leute unterstützen Videoüberwachung in Banken oder Transportsystemen, während sie Überwachung in „intimen Räumen“ wie Umkleidekabinen ablehnen. Im internationalen Vergleich findet sich die am stärksten abweichende Meinung zur offenen Straßenüberwachung: Während sie in London von 90% der Befragten begrüßt wird, sind es in Wien nur 25%.

Vor allem jüngere Leute lehnen Videoüberwachung ab...

Bei der Betrachtung der soziodemografischen statt der nationalen Hintergründe der Befragten fällt

auf, dass das Geschlecht nur eine geringe Rolle bei der Haltung zur Videoüberwachung spielt. Das Alter stellte sich als am wichtigsten für die Einstellungen zur Überwachung heraus. Als Regel gilt, dass jüngere Leute eher dazu neigen, Videoüberwachung abzulehnen und ihre Vorteile anzuzweifeln als ältere Leute.

...und glauben, dass ihr speziell ihr Verhalten von den Kameras beobachtet wird.

Jugendliche sehen sich als die Gruppe, die am meisten diszipliniert werden soll: Fast ein Drittel der Befragten unter 20 Jahren dachten, dass die Videoüberwachung ihr Verhalten beeinflusst, während nur 14% der 60jährigen und älter so dachten.

Menschen sind skeptisch gegenüber dem Effekt der Verbrechensprävention durch Videoüberwachung.

Obwohl die Mehrheit Überwachung unterstützt, waren viele Befragte skeptisch über die Effekte der Videoüberwachung auf das Verbrechen: Mehr als 50% glaubten, dass Videoüberwachung Verbrechen nur verlagert und nicht gegen schwere Delikte hilft.

Der öffentlichen Meinung nach sollte die Videoüberwachung von öffentlichen Stellen überwacht werden.

Was das Vertrauen angeht, bevorzugt die Mehrheit der Befragten, dass die Polizei offene Straßenüberwachung betreibt. Darüber hinaus spielen für viele Regeln eine Rolle. Vor allem die Limitierung des Zugang zum Filmmaterial durch private Dritte und die Inspektion, Registrierung und Lizenzierung von Videoüberwachungssystemen wird als sehr wichtig von mehr als zwei Dritteln der Befragten angesehen.

Mehr Informationen zu dem Projekt URBANEYE unter www.urbaneye.net

Den gesamten Abschlußbericht in englisch gibt es hier:
http://www.urbaneye.net/results/ue_wp15.pdf